

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

DI Dalibor Strasky,
Antiatom-Beauftragter des Landes OÖ

22. April 2015

zum Thema

Tschernobyl-Gedenktag am Sonntag:

**Die oö. Antiatom-Offensive kämpft seit 2003 für einen
europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft –
Bilanz und aktueller Stand in Temelin und Hinkley Point**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Tschernobyl-Gedenktag am Sonntag: Die öö. Antiatom-Offensive kämpft seit 2003 für einen europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft – Bilanz und aktueller Stand in Temelin und Hinkley Point

29 Jahre nach Tschernobyl sind es keine gesundheits- oder sicherheitspolitischen Überlegungen, die über die Zukunft der Atomkraft in Europa entscheiden, sondern der wirtschaftliche Hebel. In den letzten Jahren hat sich die öö. Antiatom-Offensive – Land OÖ und NGOs – zu DER Antiatom-Region Europas hervorgetan, Oberösterreich ist Experte und Motor des Widerstands gegen eine Renaissance dieser Uralt-Technologie. Durch die Umsetzung der Energiewende zeigt OÖ auch die Alternativen auf.

Die zwei größten Herausforderungen aktuell: Die Entscheidung der EU-Kommission zur Genehmigung der Subventionen für das AKW-Projekt Hinkley Point zu kippen und den Ausbau Temelins endgültig zu stoppen. In beiden Fällen schaut es gut aus. Gelingt uns ein Stoppen der Milliardensubvention für Hinkley Point, dann ist dies der Durchbruch für den europaweiten Atomausstieg und das Ende des Ausbaus von Temelin.

„29 Jahre nach Tschernobyl – Weltweiter Rückgang von Atomkraft und neue Chancen für einen gesamteuropäischen Atomausstieg

Am 26. April 1986 ereignete sich der folgenschwere Reaktorunfall in Tschernobyl. 29 Jahre danach steht die EU vor einer Grundsatzentscheidung in Sachen Atom: Renaissance der Atomkraft oder Einstieg in den schrittweisen europaweiten Atomausstieg – dank des wirtschaftlichen Hebels.

Seit Tschernobyl ist Atomkraft weltweit auf dem Rückzug. Seit 2002 ist die Zahl der aktiven Atomreaktoren um 50 auf eine Gesamtzahl von 388 gesunken, 43 weitere Reaktoren klassifizieren die Expert/innen als Langzeit-Ausfälle. Der

Anteil an der gesamten Weltstromproduktion hat sich seit 1996 von 17,6 % auf 10,8 % verringert. Die bestehenden Reaktoren haben aktuell ein Durchschnittsalter von 28,5 Jahren – und müssen damit bald vom Netz. Neubauprojekte für AKW sind in der Menge nicht in Planung, zudem sind von den 68 Neubauprojekten weltweit 9 schon über 20 Jahre in Bau und werden laut Expert/innen wohl nie fertiggestellt. Selbst China ist zwar weltweit der größte Atomstromerzeuger, an der Gesamtproduktion nimmt Kernkraft aber nur 2 % ein, erneuerbare Energie bereits 20 %.

Die Expert/innen halten im „World Nuclear Status Report“ fest: „Atomkraft lohnt sich einfach nicht mehr“ – aus wirtschaftlichen Gründen. Pro installierter Kilowattstunde habe sich der Preis neuer Reaktoren im vergangenen Jahrzehnt verachtfacht.

Oö. Antiatom-Arbeit als europaweite Speerspitze gegen eine Uralt-Technologie

Für den schrittweisen Atomausstieg in Europa baut das oö. Umwelt- und Energieressort auf drei Säulen:

- Wir zeigen die Unwirtschaftlichkeit von Atomenergie auf;
- Wir setzen Initiativen gegen Subventionen von Atomkraftwerken;
- Wir fordern verschärfte Versicherungsbedingungen für AKWs.

Die oö. Anti-Atom-Politik kann bedeutende Erfolge für die Sicherheit der OberösterreicherInnen vorweisen: Acht hochriskante Reaktorblöcke in Europa – darunter Isar1 - wurden in den vergangenen Jahren geschlossen, der Ausbau von Temelín bislang verhindert.

OÖ arbeitet daran, einen breiten überregionalen Widerstand aufzubauen und zu zeigen, dass Oberösterreich seiner Rolle als Vorreiter in der Antiatom-Politik gerecht wird. Die oö. Antiatom-Initiative - Land OÖ und NGOs - gehört zu den wesentlichen Antreibern der erfolgreichen Anti-Atombewegung in Europa.

Anschober: "Ich bin stolz darauf, dass die öö. Antiatom-Gruppierung und das öö. Umweltressort gemeinsam mit den großen NGOs zu den wesentlichen Antreibern der erfolgreichen Antiatom-Bewegung in Europa gehören. Wir haben schon vieles erreicht! Jetzt werden in OÖ alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Genehmigungen für irrsinnige staatliche Subventionen für Atomkraft zu stoppen."

OÖ ist auch ein tolles Beispiel für die Umsetzung der Energiewende. Es entwickeln sich neue Technologien, die Erneuerbaren schreiten voran, Energieeinsparung und -effizienz rücken in den Fokus – so vermindert sich auch die Nachfrage nach Energie, der Marktpreis gibt durch zusätzliche Produktion nach.

Im Vergleich zur Atomkraft könnten die Erneuerbaren auch in Tschechien viel rascher und effizienter zu wesentlich geringeren Kosten Energie erzeugen: Erst kürzlich zeigten Berechnungen der tschechischen Kammer für Erneuerbare Energien, dass bis zum Jahr 2050 ein Viertel der Stromproduktion aus Windkraft stammen könnte – was in etwa der Kapazität von zwei neuen AKW-Blöcken entspricht.

Wichtige Etappenerfolge krönten den öö. Widerstand gegen Atomkraft

- Schließung des Kraftwerks Isar 1 im Jahr 2011
- Im Februar 2014 wurde das Aus für das geplante Atommüllendlager am Standort Boletice bekannt gegeben, nur 18 km von Oberösterreich entfernt.
- Das Ausschreibungsverfahren für einen 3. und 4. Reaktorblock in Temelin wurde im April 2014 abgesagt – wesentlich durch die Thematisierung des wirtschaftlichen Hebels durch OÖ.
- Die Bundesregierung reicht Nichtigkeitsklage gegen die Kommissions-Entscheidung über genehmigte britische Subventionen für das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point ein.

- Die jahrelang diskutierte Leistungserhöhung beim AKW Gundremmingen kommt definitiv nicht, die Abschaltung der beiden Reaktoren ist für 2017 und 2021 geplant.
- Ein Vorstoß der Wettbewerbs-Kommission, auch Atomenergie in die neue Umwelt- und Energiebeihilfe-Leitlinie 2014-2020 aufzunehmen und damit generell förderfähig zu machen, konnte durch breiten Widerstand verhindert werden.
- Beschwerde gegen die Verletzung der EU-UVP-Richtlinie, wodurch die Tschechische Republik zur Anpassung der Gesetzgebung gezwungen wurde.

Hinkley Point als Weichenstellung über Ausbau oder Ausstieg

Die Atomenergie ist durch steigende Produktionskosten und gleichzeitig rapide sinkende Preise an der Strombörse sowie massiv sinkenden Produktionskosten der Erneuerbaren völlig unwirtschaftlich. Das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point soll daher durch britische Subventionen gestützt werden – ein Contract for Difference soll die Ausgleichszahlungen auf 35 Jahre hin garantieren.

Nach dem britischen Antrag zur Förderung für das geplante AKW an die EU-Kommission, kündigte diese eine vertiefte Prüfung an und veröffentlichte eine ablehnende Erstbewertung im Dezember 2013. Auf Initiative Oberösterreichs wurde ein Proteststurm ausgelöst: Rund 25.000 Einwendungen von Bürger/innen gingen über die Petitionsseite „Stopp Atomförderung!“ nach Brüssel. Die Energieerzeuger Linz AG, Energie AG und Verbund AG übermittelten ebenso ihre wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

Die frühere EU-Kommission hat in ihren letzten Arbeitstagen im Oktober 2014 diesen eklatanten Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht dennoch genehmigt. Aktuell wird auf die Veröffentlichung der Entscheidung im Amtsblatt in allen Sprachen der Mitgliedstaaten gewartet, dann steht jedem Mitgliedsland die

Möglichkeit einer Nichtigkeitsklage sowie direkt betroffenen Mitbewerbern die Möglichkeit zum Einspruch zu. Österreich wird diesen Weg beschreiten. Auch Luxemburg wird sich anschließen.

Anschober rechnet mit einem Beginn der Frist für Beeinspruchungen noch im April und mit einer Einbringung der österreichischen Nichtigkeitsklage in den darauffolgenden zwei Monaten.

Anschober: „Mehrere Ökostrom-Anbieter in Großbritannien, Deutschland und auch in Österreich, nämlich die Ökostrom AG, bereiten eine Klage vor. Mit einer im Auftrag von Greenpeace Energy erstellten Studie kann belegt werden, dass Milliardensubventionen für Hinkley Point auch Konsequenzen für den deutschen – und damit auch den österreichischen – Strommarkt hätten. Damit liegt eine direkte Betroffenheit von österreichischen Energieversorgern vor, die für die Zulässigkeit der Klage notwendig ist. Ich appelliere daher an die großen österreichischen Energieunternehmen, eine Klage zu unterstützen.“

Die Studie von Greenpeace Energy führt aus, dass durch eine Einspeisung des stark subventionierten und nur dadurch billigen Atomstroms von Hinkley Point in das gesamteuropäische Netz der Strom-Börsepreis noch weiter sinken würde. Ein niedriger Strom-Börsepreis hat aber – anders als auf den ersten Blick zu erwarten – negative Auswirkungen auf die Konsument/innen, da die Differenz zwischen Börsepreis und für Ökostrom aktuell zugesicherten Abnahmepreisen an die Stromerzeuger auf die Konsument/innen umgelegt werden.

Durch die Klage ist eine mehrjährige Verzögerung beim Bau von Hinkley Point wahrscheinlich. Die Nichtigkeitsklage hat zwar formalrechtlich keine aufschiebende Wirkung, bis zum Vorliegen einer Entscheidung des EuGH etwa 2017 wird jedoch, angesichts der drohenden negativen EuGH-Entscheidung, das Risiko einer Bautätigkeit nicht in Kauf genommen werden.

Eine weitere Facette könnten die Mitte Mai stattfindenden britischen Wahlen spielen, die für neue Machtverhältnisse in London sorgen könnten.

Neue Argumente bringt nun die aktuelle Auktion von Erneuerbarer-Energie-Projekten in Großbritannien selbst. Das Auktionsergebnis zeigt, dass mit rund 80 Pfund/MWh für Sonnenstrom und Onshore-Windenergie die Erneuerbaren deutlich unter den geplanten Preisen für Hinkley Point (92,50 Pfund) blieben – bei einer Förderperiode von nur 15 statt 35 Jahren.

Diese Marktrealität wurde bereits durch Studien prognostiziert und in einer aktuellen Studie der Wiener Umweltanwaltschaft belegt: Untersuchungen in fünf europäischen Ländern zeigten, dass mit den gleichen finanziellen Mitteln fast immer mehr Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden kann als aus Atomkraft.

Anschober: "Die Entscheidung über Hinkley Point wird eine historische Weichenstellung. Bestätigt der EuGH die Entscheidung der EU-Kommission, wonach britische Subventionen für Atomkraft mit dem EU-Wettbewerbsrecht einhergehen, dann droht Hinkley Point zur Blaupause auch für andere AKW-Projekte wie Temelin zu werden und eine Renaissance der Atomenergie in Europa droht. Gelingt es uns, die Milliardensubvention zu stoppen, dann ist dies das endgültige Aus für Temelin 3 und 4 und der Einstieg in den europaweiten Atomausstieg. Denn dann werden keine neuen AKW mehr errichtet und die in Betrieb befindlichen AKW kommen in die Jahre und werden in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten schrittweise vom Netz genommen werden müssen."

Aktueller Stand beim geplanten Ausbau des AKW Temelin

Das Motto der Atompolitik der tschechischen Regierung scheint aktuell zu sein, alles tun, um die Voraussetzungen für weitere AKW zu schaffen und damit die Atomlobby bei Laune zu halten, aber gleichzeitig die Umsetzung immer länger aufzuschieben – und die Entscheidung zu Hinkley Point abzuwarten.

"Seit drei Jahren konzentrieren wir uns voll und ganz auf die Information über die dramatische Unwirtschaftlichkeit eines weiteren Ausbaus von Temelín, das Schaffen neuer Allianzen durch die Konzentration auf den wirtschaftlichen Hebel – und haben viele in der Bevölkerung schon aufgerüttelt“, so LR Anschober.

Enorme Belastungen für die Konsument/innen wären mit einer Errichtung von Temelín 3 und 4 verbunden: Während der Preis an den internationalen Strombörsen derzeitig unter 40 Euro liegt, muss für Strom aus Temelín 3 und 4 mit Preisen von mindestens 70 Euro gerechnet werden. Temelín-Betreiber CEZ fordert daher einen garantierten Abnahmepreis in dieser Höhe. Dies würde jährliche Subventionen von rund 700 Millionen Euro erforderlich machen. Bleibt es beim aktuellen Börsepreis, würde dies auf 40 Betriebsjahre eine Förderung von 28 Milliarden Euro erforderlich machen. Gerechnet ohne Inflationsausgleich, wie dies EDF derzeit von Großbritannien beim vergleichbaren Projekt Hinkley Point fordert.

Durch die Information der öö. Antiatom-Initiative werden die Stimmen in Tschechien immer lauter, einem subventionierten Ausbau von Temelin nicht zuzustimmen.

Eine kürzlich veröffentlichte Meinungsumfrage in Tschechien zeigt: Zwei Drittel der Bürger/innen möchten eine Energiewirtschaft, die sich auf Energieeinsparung und erneuerbare Energien stützt. Atomkraft und Kohle wird nur von einem Fünftel der Befragten unterstützt - im Vergleich zu einer ähnlichen Umfrage vor drei Jahren sind diese um ein Drittel gesunken.

Die tschechische Regierung schiebt die Entscheidung über die Zukunft der Atomkraft im Land ohnehin in immer weitere Ferne. In diesem Jahr wird es jedenfalls kein Ausschreibungsverfahren mehr für Temelin geben, dies haben CEZ und der tschechische Industrieminister bekannt gegeben.

Auch der Atomplan wurde von der tschechischen Regierung noch nicht behandelt. Zuerst müsste das zu erstellende Staatliche Energiekonzept

beschlossen werden, an das der Atomplan anknüpfen sollte, um eine grenzüberschreitende SUP aus tschechischer Sicht zu verhindern.

Im Atomplan sind je ein Reaktor für Temelin und Dukovany vorgesehen - über die Finanzierung wird keine Entscheidung getroffen, vielmehr sind drei Varianten erläutert: 1. Finanzierung durch den KKW-Betreiber CEZ, 2. Finanzierung durch ein privates Konsortium, rund um CEZ, Finanzinvestor, Stromkonzern, Zulieferer u.a., 3. Aufbau durch den Staat.

Es wird davon ausgegangen, dass Tschechien die Entscheidung des Europäischen Gerichts zu Hinkley Point abwartet, denn ohne Subventionen oder staatliche Garantien wird die AKW-Betreiberfirma CEZ den Bau eines unwirtschaftlichen Kraftwerks nicht auf sich nehmen. Damit kann vor 2017 wohl keine Entscheidung für einen AKW-Neubau getroffen werden.

Anschober: "Das ist eine gute Entwicklung. Die tschechische Regierung hat sich mittlerweile mehrfach sehr kritisch zu notwendigen hohen Subventionen geäußert. Jetzt geht es daher ums Ganze, wir müssen und werden daher alles unternehmen, diese historische Chance zu nützen."

Weitere Schritte für eine Zukunft ohne Atomkraft

LR Anschober: *"Mit den bisherigen Etappensiegen im Rücken müssen wir unser Engagement weiter verstärken, um ein endgültiges Aus für die Atomkraft in Europa zu erreichen!"*

- Weitere Verstärkung der **Information** der Bevölkerung in den betroffenen Regionen über die Unwirtschaftlichkeit und weitere Konsequenzen der Atomkraft.
- Alle Schritte setzen, damit **der EuGH** die geplante Milliardensubvention für neue AKW grundsätzlich untersagt.

- Festlegung neuer **Haftungsregelungen** für AKW durch die Energiekommission: Initiative für das Vorschreiben der realen Kosten statt eines faulen Billig-Kompromisses.
- Innerhalb der EU darf Atomenergie **nicht den erneuerbaren Energieträgern gleichgestellt** werden. Die Bundesregierung muss darauf drängen, dass Atomkraft nicht unter dem Deckmantel der Technologie-neutralität als Klimaschutzmaßnahme dargestellt und gefördert wird.
- Österreich muss endlich die lang angekündigte **Anti-Atom-Allianz innerhalb der EU-Mitgliedstaaten starten**, damit dem aktiven Lobbying der Pro-Atomländer, wie Großbritannien, Ungarn, Tschechien etwas entgegengesetzt wird.

Anschober: "Es braucht eine breite europaweite Allianz aller Atomgegner – konzentriert auf ein Ziel. Die Öffentlichkeit muss über den geplanten Irrsinn informiert werden, Österreich muss endlich die Mehrheit der atomkritischen Mitgliedstaaten der EU zu einer Allianz gegen die Subvention der lebensgefährlichen Uraltechnologie Atomenergie formen."

Nuclear Energy Conference „Europa ohne Atomkraft“ im Mai in Linz

Am 19. Mai wird in Linz eine von Antiatom-NGOs organisierte große Informationsveranstaltung stattfinden. Die Nuclear Energy Conference 2015 ist eine Fortsetzung der Veranstaltung 2014 in Prag, die sich mit den wirtschaftlichen Grenzen der Atomkraft beschäftigte. Dabei werden heuer Top-Experten aus ganz Europa zum Thema „Europa ohne Atomkraft – Wie schaut die Energiezukunft Europas aus?“ auftreten.